

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 51 (1959)
Heft: 6

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kohlentagbau Nachterstedt nicht aus, wo durch einen Bergrutsch von Abraummassen Menschen und Maschinen begraben wurden.

Im abgelaufenen Jahr haben wieder mehr als 200 000 Menschen das Gebiet der SBZ als Flüchtlinge verlassen. 204 000 nahmen den Weg über das Notaufnahmeverfahren. Davon waren 1958 erstmalig mehr als 50 Prozent weiblichen Geschlechts. Bis 1957 überwogen die Männer. Die Altersgliederung hat sich in der Gruppe der älter als 65jährigen in der Weise verändert, daß deren Anteil mit 4,9 Prozent (1957) sich auf 6,2 Prozent erhöhte. Im Alter zwischen 45 und 65 Jahren befanden sich 20,4 Prozent (1957 = 16,7 Prozent). Dementsprechend sank der Anteil der jüngeren Altersgruppen, der 25- bis 45jährigen von 26,2 (1957) auf 25,2 Prozent (1958) und der 6- bis 25jährigen von 44,8 (1957) auf 40,8 Prozent (1958), während die Kleinkinder bis zu sechs Jahren mit 7,4 Prozent den gleichen Anteil behielten.

Im Berufsleben hatten in der SBZ 1957 64,6 und im Jahre 1958 60,5 Prozent der Flüchtlinge gestanden. Das Schwergewicht lag mit 19,3 Prozent (1957 = 23,6 Prozent) wiederum bei Industrie und Handwerk und bei den Berufen in Handel und Verkehr mit 11,8 Prozent (1957 = 12 Prozent). Erhöht haben sich die Anteile bei den Flüchtlingen aus den Wirtschaftsbereichen Gesundheit-, Körperpflege- und Haushaltsdienste, Verwaltung und Rechtswesen sowie aus dem Kunst- und Geistesleben. Der Anteil der Studenten hat sich fast verdoppelt und kennzeichnet die Situation an den mitteldeutschen Hochschulen. Die Erziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Universitäten ist eben auch in totalitären Staaten mit dem Wachsen der Fähigkeit und Neigung zum selbständigen und kritischen Denken bei diesem Nachwuchs verbunden. Pankow wäre gut beraten, wenn es die in diesem Jahr bevorstehende 550-Jahr-Feier der Universität Leipzig nicht mit weiteren Druckmaßnahmen vorbelastete.

Dr. Walter Meier

Zeitschriften-Rundschau

Nicht Miteigentum, sondern Mitbestimmung!

In der vom Oesterreichischen Arbeiterkammertag und dem Oesterreichischen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Monatsschrift *«Arbeit und Wirtschaft»* (Nr. 4) veröffentlicht *Josef Hindels* unter dem Titel *«Wer verfügt über die Produktionsmittel?»* einen außerordentlich lesenswerten Aufsatz. Der Verfasser setzt sich sachkundig und scharfsinnig mit den verschiedenen neueren Theorien eines sogenannten

Miteigentums, des «gestreuten Eigentums» und der sogenannten Volksaktien auseinander. Wir müssen uns damit begnügen, den letzten Absatz dieses Artikels zu zitieren:

«Ich komme zu der Schlußfolgerung, daß die Idee des Miteigentums — ob gewollt oder ungewollt, soll hier nicht untersucht werden — von der entscheidenden Aufgabe, die vor den Arbeiterorganisationen steht, nur ablenkt: Das ist die Aufgabe, geeignete Methoden der betrieblichen und überbetrieb-

lichen Mitbestimmung zu entwickeln. Um Mißverständnisse auszuschließen, möchte ich mit Nachdruck hinzufügen: Unter Mitbestimmung ist die *aktive Teilnahme* der Arbeiter und Angestellten an der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu verstehen. Die Arbeiterorganisationen müssen maßgeblich an der Ausarbeitung eines *gesamtwirtschaftlichen* Konzepts und an der Festlegung der einzelnen Produktionspläne beteiligt sein. In den Betrieben selbst kann Mitbestimmung nur bedeuten, daß die gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten an der Leitung teilnehmen und die zu bestimmten fachlichen Tätigkeiten delegierten Manager kontrollieren. Diese Produktionskontrolle wäre ein kühner Schritt zu einer neuen, die Ausbeutung überwindenden Gesellschaft.»

Sehr bemerkenswert ist es, daß sich in Deutschland nun auch die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft scharf gegen die propagierten Volks- und Belegschaftsaktien wendet. Der «*DAG-Informationsdienst*» (12. Mai 1959) schreibt unter dem Titel «Volksaktie — kein Weg zur Eigentumsneubildung» u. a.:

«Die neuaufgelegten Preussag-Aktien — die sogenannten Volksaktien — unterscheiden sich von den Normalaktien ausschließlich durch ihren günstigeren Emissionskurs und im Negativen durch die Beschränkung der Erwerbsmöglichkeiten bei der Erstausgabe. Da der Erwerb von Volksaktien im wesentlichen nicht durch eine zusätzliche Sparleistung, sondern lediglich durch eine Verlagerung von Konten- bzw. Heimsparer zum Aktiensparer erfolgt, kann eine Vermögensneubildung nur insoweit eintreten, als durch die Veräußerung der Volksaktien ein Kursgewinn realisiert wird.

Von der Bundesregierung wird mit der Aktion Volksaktie eine breitere Eigentumsbildung angestrebt. Eine solche Aktie ist jedoch nur sinnvoll, wenn sie zu einer wirklichen Vermögensbildung und der Möglichkeit der Wahrnehmung aller Rechte aus dem direkten Eigentum führt. Ein anteilmäßiges Eigentum am Rechtstitel eines riesigen Unternehmens bewirkt jedoch keinesfalls, daß der Besitzer dieses Rechtstitels sich als Eigentümer im soziologischen Sinne fühlt. Er wird dies um

so weniger können, je geringer sein Anteil am Gesamtvermögen der Gesellschaft ist.

Für die breite Masse der Bevölkerung hat das Spargeld den Charakter eines Notgroschens. Hierüber ist jedoch die Volksaktie ein äußerst fragwürdiges Instrument, da der Besitz im Notfall unter Umständen nur mit Verlust mobilisiert werden kann. Dem kleinen Sparer sollte deshalb die sichere und mobile Anlage auf einem Sparkonto empfohlen werden.

Von der derzeitigen Kapitalmarktsituation her besteht keine Notwendigkeit, einen breiteren Kreis der Bevölkerung für das Wertpapiersparen zu interessieren. Dieses um so weniger, als — wie bereits dargelegt — im wesentlichen nur eine Umschichtung vom Kontensparen zum direkten Wertpapiersparen erfolgt.»

Oeffentliche Wirtschaft in Berlin

Die in Berlin als Organ der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft erscheinende Vierteljahrsschrift «*Die öffentliche Wirtschaft*» hat Heft 1 ihres VIII. Jahrgangs den Wirtschaftsproblemen Westberlins gewidmet. Das im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders interessante Heft enthält eine lange Reihe gut dokumentierter Aufsätze aus der Feder führender Berliner Wirtschaftsfachleute. So schreibt Senator *Paul Hertz* über die Wechselbeziehungen zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft, Senator *Otto Theuner* über die öffentliche Wirtschaft in der geteilten Stadt, *Werner Heinecke* über den Entwurf eines Berliner Eigenbetriebsgesetzes, *Horst Sachse* über Verkehrsprobleme einer gespaltenen Stadt, *Rolf Körnig* über Stromversorgung unter der Bürde der Teilung usw. Viele Tabellen und Schaubilder illustrieren und verdeutlichen die Aufsätze. In einem Geleitwort legt *Willy Brandt*, Berlins regierender Bürgermeister, ein Bekenntnis zur öffentlichen Wirtschaft ab, aus dem folgende Sätze zitiert seien:

«Im Aufbau und in der Neugestaltung Berlins nach 1945 spielt die öffentliche Wirtschaft eine bedeutende, wenn nicht ausschlaggebende Rolle.

Die Berliner Wirtschaft, die ihren alten Leistungsstand der Vorkriegszeit erreicht und überschritten hat, ist ohne eine ausgebaute Versorgungswirtschaft der öffentlichen Hand nicht denkbar. Wie stark das gesamte Leben Berlins von der Versorgungswirtschaft abhängt, das hat die Blockadezeit erwiesen. Ohne den systematischen Ausbau der öffentlichen Wirtschaft wäre es nicht möglich gewesen, die Berliner Produktion der privaten Wirtschaft in Umfang, Qualität und Preisgestaltung wieder zur vollen Wettbewerbsfähigkeit zu bringen. Berlins öffentliche Wirtschaft ist unerläßliche Voraussetzung für weiter steigende Leistungen in der Zukunft.»

Wann beginnt die Ausbeutung der Sahara?

Um die Erschließung der Oelquellen in der Sahara ist es in der letzten Zeit etwas stiller geworden. Die Gründe für diese Zurückhaltung liegen nicht nur in der nach wie vor völlig ungeklärten Situation in Algerien, sondern (teilweise im Zusammenhang damit) auch in den Finanzierungsschwierigkeiten. Zu diesem Thema interessiert ein Aufsatz, den Dr. Richard Lewinsohn (Paris) in der in Frankfurt erscheinenden Wirtschafts- und Finanzzeitung *«Der Volkswirt»* (Nr. 22) veröffentlicht. Unter dem Titel *«Frankreich wirbt um amerikanisches Kapital»* stellt Lewinsohn fest, daß in Frankreich in den letzten Monaten eine Werbekampagne im Gang sei, die sich vor allem an die amerikanische Geschäftswelt wendet, um sie von den Vorzügen zu überzeugen, die sich bei Kapitalinvestitionen in Frankreich bieten. Bisher seien aber die amerikanischen Beteiligungen noch gering, und auch seit der letzten Francabwertung sei nicht viel amerikanisches Kapital nach Frankreich hereingekommen.

«Im Vordergrund aller Erörterungen über große amerikanische Investitionen», sagt Dr. Lewinsohn abschließend, «steht natürlich die Frage, wann die Amerikaner anfangen werden, in der Sahara nach Oel zu suchen. Die kleineren amerikanischen Sondierungen, die dort schon in den letzten Jahren in Angriff genommen wurden, scheinen

zu guten, aber nicht überraschenden Ergebnissen geführt zu haben; jedenfalls spricht man kaum noch davon. Alles wartet auf das große Projekt des französisch-amerikanischen Gemeinschaftsunternehmens, an dem die Standard Oil mit 50 Prozent beteiligt ist, wofür sie auf ihre Kosten die gesamten Projektierungen vorzunehmen hat. Von französischer Seite wurden, bevor man die Standard Oil heranzog, die Kosten für die Erschließung der Hauptquellgebiete und die notwendigen Pipelines auf mehr als eine halbe Milliarde Dollar veranschlagt. Noch weiß man nicht, wann die Vorarbeiten an Ort und Stelle zu diesem gigantischen Plan beginnen werden, ob man erst noch die Wiederherstellung des Friedens in Algerien abwarten will oder ob die Amerikaner bereit sind, ohne Rücksicht darauf große Materialmengen nach der Sahara zu senden. Wenn das letzte der Fall ist, wird Amerika bald wieder eine beherrschende Stellung in der französischen Einfuhr einnehmen, nicht nur in Afrika, sondern auch in der Metropole.»

Marokkos Gewerkschaften im Vormarsch

Dr. Wolf Donner (Köln), der soeben wieder mehrere Monate lang in Marokko war und als einer der besten Kenner der dortigen Verhältnisse gelten darf, veröffentlicht in der Funktionärzeitschrift des DGB *«Die Quelle»* (Mai) einen interessanten Bericht über die Erstarkung der marokkanischen Gewerkschaften. Wir zitieren:

«Noch immer wird die Wirtschaft Marokkos vorwiegend von ausländischen Unternehmern und Spezialisten bestimmt. Aber doch ist ein Wandel zu spüren. Die Aktivität auf dem Bildungssektor hat sich vervielfacht. Auf den Straßen auch der kleinen Städte und der Dörfer wimmelt es von Schulkindern. Der marokkanische Gewerkschaftsbund Union Marocaine du Travail (UMT) hat bereits kurz nach der Gründung mit der Schulung und Bildung der Kader in gewerkschaftlichen Kursen, die sich guten Zuspruchs erfreuen, begonnen. Die Organisation der Arbeiterschaft macht gute Fortschritte. Von einer Million Arbeiter, die man

heute rechnet, sind mehr als 600 000 in 22 Fachgewerkschaften, die der UMT angehören, organisiert. Dieser Organisationsgrad ist außerordentlich stark und beweist die Aktivität der Arbeiterklasse und ihren Willen, eine staatsformende Kraft zu werden. Diese Zahl wird nicht weniger bedeutsam, wenn man berücksichtigt, daß 71 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind; sie beweist vielmehr, daß die junge und zahlenmäßig geringe Arbeiterschaft Marokkos ein Reservoir von Aktivität ist, mit dem man in der künftigen Politik rechnen muß.

Tatsächlich haben die letzten politischen Ereignisse in Marokko bewiesen, daß die Aktivität der Arbeiterschaft und der Führung der UMT bereits ihren Einfluß geltend macht. Die Spaltung der alten Istiqlal-Partei in einen linken und einen rechten Flügel war das weithin sichtbare Zeichen. Man darf heute sagen, daß der linke Flügel, der unter Führung des Präsidenten der Beratenden Versammlung, El Mehdi

Ben Barka, steht, die Kräfte trägt, die man die fortschrittlichen nennen könnte. Im Gespräch mit zahlreichen Männern der Politik und der Wirtschaft gewannen wir den Eindruck, daß die Jugend mit ihren zahlreichen Organisationen, die Gewerkschaften und die Genossenschaftsbewegung auf der Seite Ben Barkas stehen. UMT-Vertreter, die wir fragten, ob die Gewerkschaften hinter Ben Barka stünden, antworteten lächelnd: „Die Sache steht umgekehrt; Ben Barka hat sich hinter *uns* gestellt, denn *wir* machen jetzt die Politik!“

Dies alles muß natürlich mit einigem Vorbehalt aufgenommen werden. Die Arbeitslosigkeit, die zurzeit im Lande herrscht, ist schwer. Sie ist für die Regierung und die Gewerkschaft nicht von heute auf morgen zu lösen. Die Krise ist noch lange nicht überwunden, und dem Bündnis der Arbeiterschaft mit der Regierung Ibrahim steht die Bewährungsprobe noch bevor.»

Dr. Walter Fabian, Zürich.

Dokumente

Die ideologischen Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung

Vom 24. bis 30. Mai 1959 wurde im Studienzentrum des italienischen Gewerkschaftsbundes CISL in Florenz ein internationales Seminar des IBFG und der Unesco durchgeführt, das sich mit den ideologischen Grundlagen politischer und religiöser Natur der Gewerkschaften im Orient und im Okzident auseinandersetzte. Aus Raumgründen ist es uns leider nicht möglich, in einem längeren Artikel über Verlauf und Ergebnisse dieses interessanten Versuchs zu orientieren. Wir geben nachstehend die leicht gekürzte *Schlußerklärung* des Seminars wieder.

«Zieht man die Bedeutung der vom Seminar behandelten Probleme für die Gewerkschaftsbewegung in Betracht, so kann dieses Seminar als ein Erfolg bezeichnet werden, der wesentliche Ergebnisse gezeitigt hat und einen Schritt vorwärts darstellt auf dem Gebiete der internationalen Verständigung.

Schienen auf den ersten Blick manche Differenzen und selbst Widersprüche zu bestehen zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft, die aus so weit voneinander entfernten, in ihrer Mentalität, ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und ihren Lebensformen so verschiedenen Ländern gekommen waren, so haben die Teilnehmer doch bald anerkannt, daß sie viele gemeinsame Ideen und Aktionsgrundlagen haben.

Überall, sei nun die Gewerkschaftsbewegung schon eine alte Tradition oder das Ergebnis einer neueren Entwicklung, ist diese herausgewachsen aus den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der einzelnen Länder, geschaffen aus dem freien Willen der Arbeiter und durch sie selbst. Für ihre Entwicklung kann die Gewerkschaftsbewegung nur auf sich selbst zählen, und die politischen Parteien dürfen — welche Bedeutung man ihnen in den verschiedenen Ländern auch beimessen mag — in ihr keine entscheidende